

DER SOZIALDEMOKRATISCHE KÄMPFER



Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschist/inn/en

Die Lehren des 12. Februar 1934

Gerald Netzl, stellvertretender Bundesvorsitzender der Freiheitskämpfer/innen, reflektiert in seinem Leitartikel für den Themen-Schwerpunkt dieser Ausgabe die wichtigsten Ereignisse des nunmehr 80 Jahre zurückliegenden 12. Februar 1934 und skizziert, warum gerade unser Verband eine so wichtige Rolle im Gedenken an diese Phase der Geschichte einnimmt.

Der 12. Februar 1934 stellt ein bedeutendes Datum für Österreich dar. An diesem Tag endete mit dem Verbot der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei endgültig die Erste Republik. Der schrittweise Abbau demokratischer Rechte sowie sozialer Errungenschaften durch die bürgerlichen Bundesregierungen mündete in einen verzweifelten Aufstandsversuch von Teilen des seit 31. März 1933 verbotenen Republikanischen Schutzbunds. Leitartikel von Gerald Netzl.

Linz, Montag, 12. Februar 1934, 7 Uhr. Die Polizei durchsucht das sozialdemokratische Parteisekretariat im Hotel „Schiff“ nach Waffen. Mitglieder des Republikanischen Schutzbunds eröffnen das Feuer. Der Kampf hat begonnen. Neben Linz sind Steyr, Bruck an der Mur und Graz die Hauptzentren der Kämpfe. In Wien setzt der Widerstand um 11.46 Uhr ein: E-Werk-Arbeiter schalten den Strom ab und geben damit das vereinbarte Signal zum Generalstreik. Die ersten Schüsse fallen. Die Bundesregierung verhängt das Standrecht ... Am Donnerstag, dem 15. Februar, sind die Kämpfe zu Ende. Ein Generalstreik hat nicht stattgefunden, die Arbeiterschaft war nach fünf Jahren Weltwirtschaftskrise demoralisiert. Die Regierung ist endgültig „Herrin der Lage“. Die Opfer in ganz Österreich nach offiziellen Angaben: 118 Tote und 486 Ver-

wundete auf Regierungsseite, 196 Tote und 319 Verwundete auf der Gegenseite. Neun Schutzbündler werden standrechtlich gehängt, mehr als 1.200 eingekerkert. In Wien hatte man erst in der

Bauwerk, das in der ganzen Welt als Symbol der sozialen Wohnbautätigkeit des „Roten Wien“ gilt. Montagnachmittag hatte die Polizei nach vergeblicher Waffensuche Beobachtungsposten rund um den großen Gebäudekomplex aufgestellt. Gegen 19 Uhr kam es zu blutigen Zusammenstößen. Schutzbundführer Emil Svoboda wird wegen dieser Kämpfe am 15. Februar standrechtlich hingerichtet. Am Montagabend vertreibt der

zu schießen. In den Wohnungen befinden sich Frauen und Kinder.

Am 13. Februar, um 9.45 Uhr, trifft die Artillerie den „Blauen Bogen“ im dritten Stockwerk. Nun folgt der Sturmangriff. Aber die Verteidiger geben nicht auf. Stundenlang tobt ein erbitterter Kampf. Dann müssen die Panzerautos und Kanonen nach Floridsdorf, diesen Bezirk kontrollieren die Schutzbündler als einzigen, abgezogen werden,

HOTEL SCHIFF

Die Kampfhandlungen des 12. Februar 1934 nahmen im Hotel Schiff in Linz ihren Anfang



Vorwoche Hausdurchsuchungen im Parteihaus in der Rechten Wienzeile und in den großen Gemeindebauten erlebt. Vom Dachboden bis zum Keller suchte die Polizei – vergeblich – nach Waffen. Die Parteiführung, unter dem Eindruck des verheerenden Schicksals der Arbeiterparteien im Deutschen Reich, war selbst Anfang 1934 immer noch in der Hoffnung auf einen Kompromiss mit der Regierung. Es sollte anders kommen.

Kampf um den Karl-Marx-Hof
Vier Tage lang dauert der Kampf um den Karl-Marx-Hof, jenes

Schutzbund vorübergehend die Polizei aus dem Wachzimmer des benachbarten Bahnhofs Heiligenstadt. Der Bahnverkehr auf der Franz-Josefs-Bahn wird unterbrochen. Gegen 23 Uhr rückt der Heimatschutz an und nimmt die Verteidiger unter Beschuss. Ein Angriff wird zurückgeschlagen. Nun kommt das Bundesheer. Um 1 Uhr eröffnen die Haubitzen einer Gebirgskanonenbatterie von der Hohen Warte her das Feuer auf den Wohnkomplex. Um 4 Uhr früh kommt Fey und billigt ausdrücklich den Plan, den Karl-Marx-Hof mit Artillerie sturmreif

auch wird das Feuer aus anderen nahen Gemeindebauten immer heftiger. Die Angreifer ziehen sich aus dem halbzerstörten Gebäude wieder zurück.

Nun wenden sich Polizei, Militär und Heimwehr gegen die Gemeindebauten der Umgebung und treiben deren Verteidiger in die Schrebergärten. In der Nacht zum Mittwoch kommen neue Truppen, wagen aber keinen Angriff. Erst am 15. Februar, als Militär in überwältigender Stärke aufmarschiert und neuerlich Kanonen schießen, hissen die Verteidiger die weiße Fahne. Um

14.30 Uhr besetzt die Exekutive den Hof.

Am Sonntag danach fahren die Wiener zu den Stätten der Zerstörung: Die einen sehen sie mit Genugtuung, die anderen mit bitterer Trauer. Die Risse, die die Artillerie der Regierung in die Arbeiterhäuser geschossen hatte, gingen auch durch die Herzen. Sie machten Österreich sturmreif für eine noch viel grausamere Diktatur vier Jahre später. Heute, achtzig Jahre danach, sind die Ereignisse weitgehend in Vergessenheit geraten, Medien und Öffentlichkeit konzentrieren sich auf 1914 und den Beginn des

Ersten Weltkriegs. Es bleibt, dass Österreichs Arbeiter als erste in Europa dem Faschismus mit der Waffe entgegentraten.

Niemals vergessen

Der französische Philosoph Jacques Derrida hat sinngemäß gesagt, Historiker stellen die Vergangenheit gemäß ihren eigenen subjektiven Erfahrungen und gemäß ihrer momentanen Situation dar. „Sie stellen dar, wie sie denken, nicht wie die Dinge tatsächlich stattgefunden haben. ... Die Geschichte ist ein ‚altes Tuch‘, das immer wieder aufgetrennt und neu zusammengefügt werden muss.“ Die Koalition von

ÖVP und SPÖ nach 1945 basierte wesentlich auf der These der „geteilten Schuld“, was die Entwicklung in der Ersten Republik und den Weg in den Februar 1934 betraf. Diese These erwies sich, unabhängig von politischen Standpunkten, als wissenschaftlich unhaltbar. Und doch gibt es in jeder Gesellschaft politische Auseinandersetzungen um die Interpretationen der Geschichte. Diese finden in der wissenschaftlichen Literatur statt, werden um die Inhalte von Schulbüchern geführt und zeigen sich in den Diskussionen um die (Um-)Benennung von Straßen, das Errichten von Denkmälern, das Anbringen

von Gedenktafeln u. Ä. Es hängt von uns Freiheitskämpfer/innen ab, ob in Österreich an den 12. Februar erinnert wird oder nicht. Es hängt von unserem Einsatz ab, wie an den 12. Februar erinnert wird. Auf Gedenkfeiern zu verzichten, nichts zum Februar 1934 zu publizieren, hieße den öffentlichen Raum aufgeben. Die Kenntnis der Mechanismen, die zur Fragmentierung und Polarisierung unserer Gesellschaft in der Ersten Republik geführt haben, ist ein unverzichtbarer Beitrag in unserem heutigen Kampf von Partei und Gewerkschaften gegen Sozialabbau, für Freiheit und Demokratie. *Gerald Netzl* ■

Bewusstsein bedeutet Verantwortung

Die ehemalige stellvertretende Bundesvorsitzende der Freiheitskämpfer/innen Herta Slabina appelliert, Freiheit und Demokratie immer wieder aufs Neue zu erkämpfen und zu verteidigen.

Wer die Vergangenheit nicht kennt, wird die Zukunft nie gestalten können!
Wir sollten daher wissen, dass der 1. Weltkrieg mit seinem unvorstellbaren Gemetzel der Auslöser für viele Veränderungen und schicksalhafte Ereignisse war. Wir Freiheitskämpfer/innen werden nie vergessen und verstehen uns als Mahner!

Am 14. Juli 1927 schossen Frontkämpfer in Schattendorf/Burgenland aus einem vergitterten Fenster auf Personen des Sozialdemokratischen Schutzbundes und töteten einen Arbeiter und ein Kind eines Eisenbahners. Die Verbrecher wurden jedoch vor Gericht freigesprochen. Dies führte am 15. Juli zu einer Demonstration auf der Ringstraße

in Wien. Der Justizpalast und eine Polizeidienststelle wurden in Brand gesteckt. Die Polizei schoss auf die Demonstranten, und viele von ihnen wurden getötet. Doch der damalige Bundeskanzler Dr. Seipel verneinte die Schuld der Polizei und meinte, schuld an den Toten sei allein der Bürgermeister Wiens.

Im Jahre 1933 wurde das Parlament ausgeschaltet. Alle

Sozialdemokratischen Organisationen sollten verboten, deren Mitglieder verhaftet und der Ständestaat errichtet werden. Dies versuchten die sozialdemokratischen Schutzbündler im Februar 1934 zu verhindern und ein Flächenbrand des Widerstandes gegen die austrofaschistische Diktatur erfasste ganz Österreich. Heimwehr, Polizei und Militär schossen auf unschuldige Frauen und Kinder, und mit Kanonen auf Arbeiterwohnhäuser. Hunderte Tote auf beide Seiten waren das traurige Ergebnis. Viele Schutzbündler wurden verhaftet, hingerichtet oder inhaftiert.



Das Republikdenkmal neben dem Parlament wurde nach den Februarkämpfen 1934 mit Kruckenkreuz-Fahnen verhängt und es wurde ein Dollfuß-Porträt angebracht

Es ist nun 80 Jahre her, dass sich Sozialdemokraten und Christlichsoziale mit dem Gewehr gegenüberstanden, doch die Schutzbündler, die Helden des Februar 1934, mussten der Gewalt weichen und der Traum von Freiheit und Demokratie war aus-

geträumt. Doch gewonnen hat in Wirklichkeit niemand – Sieger waren allein die Populisten, die Nationalsozialisten. Niemand konnte ahnen, dass das alles in einer faschistischen Diktatur und schlussendlich im Zweiten Weltkrieg enden würde.

Mit den Erinnerungen an den 12. Februar 1934 ist ein ganzes Stück Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie verbunden und dieser Widerstand der Freiheitskämpfer war ein heldenhafter Akt für viele Demokratien Europas.

Aus dem Bewusstsein der Verantwortung für unsere Demokratie und der nächsten Generationen werden wir Freiheitskämpfer/innen und Antifaschist/inn/en so eine Entwicklung stets zu verhindern versuchen. Diesem Motto „Niemals vergessen!“ und „aus der Geschichte lernen“ haben wir uns verschrieben und legen jährlich im Februar ein neuerliches Versprechen ab, für Freiheit und Demokratie einzutreten, denn die Demokratie ist kein Geschenk und muss immer aufs Neue verteidigt und erkämpft werden.

Herta Slabina ■



Gemeinsames Februar-1934-Gedenken

Die Bundesregierung sowie VertreterInnen der Opferverbände haben am Wiener Zentralfriedhof gemeinsam der Februarkämpfe 1934 gedacht. Bundeskanzler Werner Faymann und Vizekanzler Spindelegger legten dabei einen Kranz beim Mahnmal der Opfer für ein freies Österreich (1934 bis 1945) nieder.

Erstmals seit 1964 richteten SPÖ und ÖVP wieder eine gemeinsame Gedenkveranstaltung aus. 1964 hatten der damalige ÖVP-Bundeskanzler Alfons Gorbach und SPÖ-Parteichef Bruno Pittermann einen Kranz niedergelegt. Bei der Gedenkveranstaltung fanden sich die Regierungsspitze, die Klubobleute von SPÖ und ÖVP sowie Vertreter der Opferverbände und der Religionsgemeinschaften ein. Bereits im Vorfeld sprach Bundeskanzler Werner Faymann von einem richtigen und zeitgemäßen Signal. „Man muss aus der Geschichte die richtigen Schlüsse ziehen. Das ist gerade in einer Zeit wichtig, wo in Europa starke soziale Gegensätze aufkommen und rechte, extreme Populisten

stärker werden, wie in Ungarn oder auch in Frankreich“, so der Kanzler im Gespräch mit dem „Kurier“.

Gräben überbrücken

SPÖ-Klubobmann Andreas Schieder sprach im Zuge der Gedenkveranstaltung von einem Zeichen, dass ganz bewusst die Gräben zwischen beiden Parteien überbrückt werden. Weiters begrüßte Schieder die von der ÖVP angekündigte Neubewertung des Porträts des umstrittenen christlichsozialen Politikers Engelbert Dollfuß. Für SPÖ-Klubobmann Andreas Schieder ist es „schwer zu akzeptieren, dass ein solches Porträt in den Klubräumen hängt“. Ob dieser erste Schritt genug ist, wird man sehen. ■

Taus verharmlost Austrofaschismus

Nicht alle in der Volkspartei scheinen Interesse daran zu haben, das dunkelste Kapitel der christlichsozialen Parteigeschichte aufzuarbeiten. So rühmte sich Josef Taus, Parteiohmann der ÖVP zu Kreiskys Zeiten, in einem Interview mit der „Presse“, seinerzeit verhindert zu haben, das Bild von Engelbert Dollfuß im ÖVP-Parlamentsklub abzuhängen. Offenbar hat der ehemalige Bundesparteiohmann der ÖVP kein grundsätzliches Problem mit der austrofaschistischen Diktatur. In altbekannter Manier wehrte Taus eine Frage der Tageszeitung zur Errichtung der Diktatur damit ab, dass „Engelbert Dollfuß das erste prominente Opfer des Nationalsozialismus“ gewesen sei. Taus räumte lediglich ein: „Der Ständestaat ist dann leider etwas totalitär geworden, das war keine glückliche Phase für die Republik. Aber in Wahrheit war es ein Versuch, die Selbstständigkeit des Landes zu erhalten.“

Das austrofaschistische Regime hatte erst das Parlament und dann alle weiteren Parteien ausgeschaltet. Bei den Kämpfen im Februar 1934 wurden die Arbeiterinnen und Arbeiter, die sich für Demokratie und die Republik einsetzten, von den faschistischen Heimwehren und dem Bundesheer niedergeschossen.

In Schnellurteilen wurden Überlebende, auch schwer verletzt, standrechtlich ermordet. Die Sozialdemokratie wurde damit brutal ausgeschaltet. 1936 folgte dann die Annäherung des Austrofaschismus an den deutschen Nationalsozialismus, was auch den Nationalsozialistinnen und Nationalsozialisten in Österreich Aufschwung verlieh. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wurden hingegen eingesperrt oder ins Exil getrieben. 2012 bekamen diese Widerstandskämpferinnen und -kämpfer späte Genugtuung und die politischen Opfer des Austrofaschismus, die sich für Freiheit und Demokratie einsetzten, wurden rehabilitiert. Noch immer gute Seiten an diesem Regime zu suchen, ist mehr als jenseitig. ■



Josef Taus hat im Vorfeld der Februar-Gedenkveranstaltung das austrofaschistische Regime schöneredet

Parlamentsklub im Gedenken an Koloman Wallisch

Der SPÖ-Parlamentsklub legte im Gedenken an die Opfer des Februars 1934 einen Kranz vor der Gedenktafel von Koloman Wallisch nieder.

Koloman Wallisch ist einer aus unseren Reihen, der damals Opfer wurde. Koloman Wallisch war ein steirischer sozialdemokratischer Nationalratsabgeordneter aus Leoben, der aufgrund seiner

Gesinnung verurteilt, gefangen und standesrechtlich hingerrichtet wurde“, betonte SPÖ-Klubobmann Andreas Schieder bei der Gedenkkundgebung, an der zahlreiche SPÖ-Abgeordnete sowie Mitarbeiterinnen und

Mitarbeiter des SPÖ-Parlamentsklubs teilnahmen.

„Wallisch, Birnecker, Münchreiter und viele andere Opfer des Austrofaschismus zeigen, wie schwer es ist, für seine Gesinnung einzutreten. Sie dienen uns als große Vorbilder für das unabänderliche Eintreten für Demokratie und Freiheit sowie die Rechte der Arbeiterklas-

se – oder wie man heute sagen würde: für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“, sagte Schieder.

Gerade heuer, wo SPÖ und ÖVP gemeinsam einen Kranz am Zentralfriedhof niedergelegt haben, sei dieser Akt der Versöhnung – trotz aller Unterschiede in der Beurteilung, die nach wie vor bestehen – ein sehr wichtiger. ■